



## Antrag

der Fraktion der CDU

### **Von der Frauenpolitik zur Gleichstellungspolitik - Neuorientierung nach dem Gender Mainstreaming Prinzip -**

Der Landtag wolle beschließen:

Um den Gleichstellungsprozess erfolgreich weiterzuentwickeln, ist eine Neuorientierung erforderlich, die das bisher Erreichte kritisch beurteilt und zeitgemäße Veränderungen zulässt. Es kann nicht Ziel einer zeitgemäßen Gesellschaftspolitik sein, Parallelwelten von Männern und Frauen zu schaffen und politisch weiterhin einseitig auf eine alleinige Frauenförderung zu setzen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

- das Referat II 55 – 57 (Frauenpolitik) der Abteilung 5 im Ministerium für Justiz, Jugend, Frauen und Familie aufzulösen,
- in der Staatskanzlei eine Stabsstelle „Gender mainstreaming“ anzusiedeln.

#### **Begründung:**

Nach Art. 3 GG sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Dies bedeutet die gleiche Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Vieles ist in der Umsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau erreicht worden; dennoch lassen sich nach wie vor zahlreiche Unterschiede in der Lebensrealität und –qualität von Mann und Frau beobachten.

In der Vergangenheit haben spezielle Maßnahmen zur Frauenförderung eine Aufmerksamkeitsverschiebung zugunsten der Frauen bewirkt und in vielen Fällen konkrete Hilfestellung leisten können.

Die Frauen haben sich in der Folge den Anforderungen der modernen Gesellschaft schneller und nachhaltiger anpassen können, indem sie flexibel auf die unterschiedlichen Aufgabenbereiche in Familie und Beruf reagieren.

Nicht übersehen werden darf jedoch, dass die angestrebte partnerschaftliche Aufteilung von gesellschaftlichen Aufgaben weiterhin nicht durchgängig erreicht wird, insbesondere deshalb, weil z.B. flexible Arbeitszeiten, flexibler Arbeitsort, Freistellung über Erziehungszeiten hinaus, Wiedereinstiegsgarantien, Maßnahmen zum Wiedereinstieg in den Beruf und Kinderbetreuung ausschließlich der Frauenförderung zugeordnet werden.

Der vom Landtag einstimmig verabschiedete Antrag, die Prinzipien des Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung umzusetzen, ist schon ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die bisherige Frauenpolitik muss sich zu echter Gleichstellungspolitik entwickeln.

Gender Mainstreaming als gestaltender Prozess hat große Chancen, eine Wende von der reinen Frauenpolitik hin zur Gleichstellungspolitik zu bewirken und ist das geeignete Mittel, um eine gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter in der Gesellschaft zu erreichen.

**Caroline Schwarz  
und Fraktion**